

# Sorge um die soziale Gerechtigkeit

**Politik** CDA-Chef Gottfried Schmidt beklagt eine „faktische Rentenkürzung“ im Angesicht einer deutlich steigenden Inflationsrate. Unionsfraktions-Vize Thorsten Frei soll dazu demnächst Stellung nehmen.

**B**isher konnten sich die deutschen Rentner nicht beklagen; immer mal wieder hat die Regierung Merkel ihre Bezüge erhöht. Zuletzt gab es 2018 eine Aufbesserung von 3,22 Prozent im Westen und 3,37 Prozent im Osten. Doch im Superwahljahr 2021 schauen sie in die Röhre, während sich die Ruhestandsbeamten freuen dürfen: Pensionierten Landesbeamten und Kommunalbeamten überweist der Staat seit Januar um 1,4 Prozent höhere Ruhestandsbezüge.

Das schmeckt dem Schwenninger Gottfried Schmidt, Kreischef der Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) gar nicht, wie er gegenüber der NECKARQUELLE betont. Schmidt sorgt sich um die soziale Gerechtigkeit.

## Thorsten Frei eingeladen

Deshalb hat der CDA-Kreisvorstand übernächste Woche Thorsten Frei eingeladen. Der Wahlkreisabgeordnete und Unionsfraktions-Vize im Bundestag läuft gerade im Wahlkampfmodus, und die Rentengerechtigkeit ist da ein heißes Thema. Drum herum geredet soll nicht werden; das Gesprächsthema hat Gottfried Schmidt unmissverständlich vorgegeben: „Ist die soziale Gerechtigkeit gefährdet?“

„Ich werde die Gelegenheit dazu nutzen, ihn darauf aufmerksam zu machen, dass die Inflationsrate im Juli 3,8 Prozent betrug, Tendenz steigend. Des weiteren werde ich ihn daran erinnern, dass Millionen von Rentnern im Gegensatz zu den Pensionären 2021 keine Rentenerhöhung erhalten“, verspricht Schmidt.

## Mehrwertsteuer als Treiber

Tatsächlich schmälert auch die stark steigende Inflationsrate das Einkommen – nicht nur der Rentner und Pensionäre. Im Januar war sie noch bei einem Prozent, stieg in der Folge aber ebenso steil wie stetig an – von Juni (2,3 Prozent) auf Juli (3,8) geradezu dramatisch. Das ist freilich wesentlich darauf zurückzuführen, dass die im Juli 2020 auf 16 Prozent abgesenkten Mehrwert-



Bei Rentnern landet dieses Jahr nicht mehr im Geldbeutel, bei Pensionären wohl. CDA-Kreischef Gottfried Schmidt (links) will Bundestagskandidat Thorsten Frei in puncto soziale Gerechtigkeit auf den Zahn fühlen.

Fotos: NQ-Archiv

steuersätze im Januar für fast alle Waren und Dienstleistungen wieder auf das vorherige Niveau von 19 Prozent hochgesetzt wurden und sich daher verteuert haben.

„Faktisch eine Rentenkürzung, die es laut Gesetz gar nicht geben dürfte.“

Gottfried Schmidt gefällt das dennoch nicht. Er hätte gerne, dass mehr Geld in Rentner-Geldbeuteln klingelt und macht seine Rechnung auf: „Keine Rentenerhöhung, minimalste Zinsen auf dem Sparbuch, hohe Inflationsrate – das ergibt faktisch eine Rentenkürzung, die es laut Gesetz gar nicht geben dürfte.“

Tatsächlich sind auch viele ältere Menschen von einem um sich greifenden Armutsphänomen in Deutschland betroffen – und das nicht nur Ältere. Die Co-

rona-Krise hat diesen Trend noch verschärft. Der Datenreport 2021, ein Sozialbericht, der unter anderem von der Bundeszentrale für politische Bildung, dem Statistischen Bundesamt und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) herausgegeben wird, sagt aus, dass in Deutschland fast jeder Sechste unterhalb der Armutsrisikoschwelle lebt. Diese liegt für einen Einpersonenhaushalt bei 1.155 Euro Netto pro Monat. Zudem verfestigen sich demnach die Armutsrisiken: Wer einmal unter die Armutsgrenze rutscht, bleibt demnach immer länger in diesem Einkommensbereich.

Das Risiko, in Armut zu leben, ist laut Report besonders hoch für Alleinerziehende, Menschen mit niedrigem Bildungsgrad und ohne Berufsabschluss – ebenso wie für Menschen mit Migrationshintergrund. Die untersten Einkommensgruppen waren in der Pandemie häufiger von Freistellungen und Arbeitslosigkeit betroffen. Dadurch hat sich die La-



ge zusätzlich verschärft, während von Maßnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Pandemiefolgen wie Arbeitszeitregelungen, Kurzarbeit und Homeoffice vor allem qualifizierte Beschäftigte und Menschen mit höheren Bildungsab-

schlüssen profitiert haben. Das zeigt etwa das Beispiel Homeoffice: In der unteren Einkommensgruppe arbeiteten Ende März 2020 nur 13 Prozent von zu Hause aus, in der oberen Einkommensgruppe waren es mehr als 40 Prozent.